

C. Sachanträge

C.2.1 Arbeitsmarkt in Sachsen sozial gestalten - Fachkräftemangel bekämpfen!

Beschluss der 3. Tagung des 16. Landesparteitages am 5. November 2022 in Löbau

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen beschließt:

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen die nachfolgenden Analysen und Forderungen durch Debatten innerhalb der Landespartei sich in den gesellschaftlichen Diskurs um den sich verstärkenden Fachkräftemangel in Sachsen einzubringen.

Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag wird gebeten, sich mit geeigneten parlamentarischen Mitteln an dem öffentlichen Diskurs zu beteiligen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Begründung:

In Sachsen werden bis 2030 150.000 Fachkräfte fehlen, bis 2035 steigt diese Zahl auf 210 000. In vielen Berufen ist es bereits jetzt schwierig Fachkräfte für ausgeschriebene Stellen zu finden. Es ist dringend notwendig, dass der Freistaat Sachsen in Fragen der Aus- und Fortbildung, Tarifbindung, Integration von Geflüchteten und Migrant*innen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt und Kita- und Schulangebot endlich umfassend und systematisch aktiv wird. Dabei steht für DIE LINKE. Sachsen im Zentrum, dass die zu schließende Lücke am Arbeitsmarkt nicht durch immer größeren Kontrollzwang durch die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter und längere Arbeitszeiten erfolgen, sondern durch gute und alltagskompatible Arbeitsbedingungen sowie gute Löhne geschlossen wird. Dafür muss die Lohnmauer Ost-West endlich fallen! Ein lebenswertes Sachsen muss weltoffen sein. Hier kommt nur gern her, wer nicht Angst haben muss, ausgeschlossen zu werden.

Wir fordern:

- Arbeitslose Menschen wieder in Arbeit bringen – durch gute Beratung, Qualifizierung und Weiterbildung statt Sanktionen
- Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Frauen*erwerbsarbeit – Förderung der Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Tarifabschlüsse stärken, Tarifbindung erhöhen und Kriterien für gute Arbeit festlegen
- Vereinfachung der Verfahren für die Berufs- und Abschlussanerkennung
- Wissenschaftliche Evaluation der Fragen: Was bewegt Menschen dazu, aus Sachsen abzuwandern? / Was bewegt sie dazu, in Sachsen zu bleiben?
- Erhöhung der Ausbildungsmindestvergütung
- Ausbau und Förderung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
- Ost-West Rentenangleichung
- Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich
- Öffentliches Geld nur für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne - Wir brauchen ein sächsisches Vergabegesetz auf der Höhe der Zeit!
- Infrastrukturoffensive: Wer zieht schon dahin, wo kein Bus fährt und keine Kita ist?
- Öffentliche Daseinsvorsorge stärken!

Bildungs- und Sozialbranche

Am 21. September 2022 sind viele Erzieher*innen, Lehrer*innen, Eltern, Kinder und Jugendliche dem Aufruf der GEW zum Protest vor dem Landtag gefolgt. Unter dem Motto "Raus aus dem

Bildungsnotstand" wurde unter anderem auf den schlechten Personalschlüssel im Kitabereich, die fehlenden bzw. überlasteten Lehrer*innen an den sächsischen Schulen aufmerksam gemacht.

An den sächsischen Kitas herrscht Personalmangel. 20 % der Erzieher*innen fallen im Kita-Alltag aufgrund von Urlaub, Weiterbildung und Krankheit aus. Dies wird aber nicht eingeplant. Dadurch wird das Personal noch mehr belastet, weil es sich um mehr Kinder kümmern muss als eigentlich vorgesehen.

Bildungsnotstand herrscht auch an den sächsischen Schulen. Für das aktuelle Schuljahr fehlen 3 000 Lehrer*innen. Was das bedeutet, zeigt u. a. eine aktuelle Studie der GEW Sachsen: Eine Mehrheit der sächsischen Lehrkräfte leistet regelmäßig Mehrarbeit. Mehr als ein Drittel der Vollzeitkräfte arbeitet sogar mehr als 48 Stunden, was gegen geltende Schutznormen zur Arbeitszeit verstößt. Das ist mehr als bedenklich und führt zu hohen Gesundheitsrisiken durch die enorme Mehrbelastung.

Wir fordern: Verbesserte Rahmenbedingungen für Bildungs- und Sozialberufe!

- Schaffung von attraktiven Ausbildungsplätzen für Erzieher*innen (z. B. durch eine angemessene Vergütung)
- kindergerechter Personalschlüssel, der auch Urlaub, Krankheit und Fortbildungen berücksichtigt
- Erhaltung der Sprach-Kitas in Sachsen: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist – jetzt erst recht; Angebote Spracherwerb und die Sprachentwicklung von Kindern sichern und damit auch die Fachkräfte
- wirksame Anreize für die Absolvierung von Praktika und Referendariaten sowie für eine Lehrer*innen-Berufsentscheidung im ländlichen Raum, wie z. B. die kostenfreie Nutzung des ÖPNV
- Verbesserung der Berufszugänge für Quereinsteiger*innen
- Prüfung des Einsatzes von Hochschulabsolvent*innen eines fachwissenschaftlichen Studiums als Seiteneinsteiger*innen in einem entsprechenden Unterrichtsfach als Lehrer*innen
- Vereinfachung der Anerkennung von pädagogischen Abschlüssen aus dem Ausland und erbrachten Leistungen von Seiteneinsteiger*innen
- Einsatz zusätzlichen Personals in Verwaltung, Sprachmittlung, Schulassistenz, Schulpsychologie und Schulsozialarbeit zur Entlastung von Lehrer*innen
- ein sächsisches Bildungsfreistellungsgesetz (mit mindestens 5 Tage Bildungszeit pro Jahr)
- Einberufung eines Runden Tisches „Schule und Lernen – gerecht und sozial“, der sich aus Vertreter*innen der Eltern- und Schüler*innenvertretungen, der Lehrer*innenvertretungen, der Studierendenvertretungen der Schulträger, der Gewerkschaften und der Wissenschaft zusammensetzt, der Maßnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation im Bildungsbereich und langfristigen Bekämpfung des Lehrer*innenmangels entwickelt
- mehr Landesmittel zur Finanzierung von mehr Personal

Handwerk

Die Ampel hat sich zum Ziel gesetzt, dass in Deutschland bis 2030 sechs Millionen Wärmepumpen installiert werden - das geht nur mit Menschen, die sie auch einbauen. Und die gibt es in Sachsen nicht, denn es fehlen Handwerker*innen. Laut Fachkräftemonitor der Bundesagentur für Arbeit sind viele der Engpassberufe in Sachsen Handwerksberufe. Dies liegt unter anderem daran, dass sich immer weniger junge Menschen für eine Ausbildung entscheiden, sondern stattdessen studieren.

Wir fordern: Betriebe erhalten, Ausbildung fördern!

- gesellschaftliche Wertschätzung gegenüber Auszubildenden deutlich erhöhen, z. B. in Form von deutlich höheren Ausbildungsvergütungen oder dort, wo es möglich ist, vergleichbare Unterstützungsleistungen wie für Studierende in Form von vergünstigten Mittagessen und ÖPNV-Tickets
- Arbeitsbedingungen im Handwerk verbessern: deutlich vereinfachte Betretungsrechte für Gewerkschafter*innen in Betrieben
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung vereinfachen

- Reform des Vergabegesetzes, welches vorsieht, dass staatliche Aufträge nur vergeben werden, wenn nach Tarif bezahlt wird, damit der Staat keine schlechten Arbeitsbedingungen fördert
- dem Sterben von Handwerksbetrieben Einhalt gebieten: Im Jahr 2021 sind ungefähr 350 Handwerksunternehmen verschwunden. Wir brauchen mehr Menschen, die bereit sind, Handwerksunternehmen zu führen - Meisterbonus deutlich ausweiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf während und nach der Meisterausbildung deutlich verbessern
- finanzielle Förderung für Betriebsübernahmen in Form von Zuschüssen anstatt wie aktuell über Kredite
- Bürokratieabbau, wie z. B. durch das von der Linksfraction eingebrachte Fördermittelbeschleunigungsgesetz
- jungen Menschen die Möglichkeit geben, selbst Betriebe zu gründen um die Arbeitsbedingungen ebenfalls selbst festlegen zu können

Zuwanderung gestalten - Gesellschaftliche und ökonomische Integration leben!

Schon die sinkenden Einwohner*innenzahlen und Geburtenraten in Sachsen machen sichtbar, dass Sachsens Fachkräftemangel vor allem durch Zuwanderung und Integration zu bewältigen sein wird. DIE LINKE sagt: Auch aus diesem Grund müssen Rassismus, Schikane und Ausgrenzung entschieden bekämpft werden. Nur ein weltoffenes Sachsen wird Bestand haben können. Zudem ist es unhaltbar, dass auf der einen Seite Menschen angeworben werden, auf der anderen Seite jedoch Menschen ohne Arbeitserlaubnis in Aufnahmeeinrichtungen gesteckt oder ganz abgeschoben werden. Hier müssen Möglichkeiten zum Spurwechsel her! Geflüchtete sind kein Mittel zum Zweck – persönliche (Grund-) Bedürfnisse nach eigener Unterkunft, Familie, medizinischer Versorgung wie aber auch psychisch-sozialer Unterstützung stehen immer an erster Stelle, vor Vermittlung und Verwertung.

Wir fordern: Integrieren statt ausgrenzen, Arbeit für ausländische Arbeitskräfte attraktiv gestalten!

- bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse durch schnellere und transparentere Verfahren der bundeseinheitlich getroffenen Regelungen des Bundesanerkennungs- und Landesankennungs-gesetzes in Sachsen, einheitliche Richtlinien und Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Wartezeit der Kenntnisprüfung
- Förderung der Digitalisierung der Ausländerbehörden durch Datenüberführung in die Digitalform
- Menschenfreundliche Ausländerbehörden: Förderung einer lösungsorientierten Ausrichtung der Ausländerbehörden
- bessere Rahmenbedingungen für Work and Travel bundesweit einrichten
- gezielte Ansprache der Migrant*innen nach der Ausbildung zu bleiben
- Etablierung von anonymisierten Bewerbungsverfahren
- Verstärkung der Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund
- Fokus auf Mehrsprachigkeit und einfache Sprache in allgemeinen Verwaltungsverfahren und als Standard in Formularen und Dokumenten
- mehr „Welcome Center“, wie es im Landkreis Erzgebirge oder in der Stadt Dresden und Leipzig gibt, die als Servicestelle und als Lotsen im Behördendschungel agieren

Folgende Fragen sollten für DIE LINKE bei jeder Auseinandersetzung mit dem Thema Fach- und Arbeitskräftemangel im Fokus stehen:

1. Wie können wir die Ausbildungs- bzw. Studienbedingungen verbessern?
2. Wie können wir die Tarifbindung in den Betrieben steigern?
3. Wie können wir demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Ausbildungsstätten und Betrieben steigern?
4. Wie und wo ist es möglich Beruf, Familie, Engagement und Arbeit unter einen Hut zu bekommen?

Entscheidung des Landesparteitages:

bei 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen